

19.09.2023

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

Krankenhäuser, Kitas, Schulen in Not und NRW duckt sich weg – Das Land muss seiner Verantwortung nachkommen und endlich handeln!

zu dem Antrag „**Ungeordnetes Krankenhaussterben verhindern – auskömmliche Refinanzierung hoher Kostensteigerungen der Krankenhäuser dauerhaft sicherstellen!**“

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/5848

I. Ausgangslage

Ohne Zweifel stehen die Krankenhäuser vor einer finanziellen Notlage. Die Finanzierung der Krankenhäuser setzt sich aus zwei Säulen zusammen. Die Betriebskosten- und Investitionskostenfinanzierung. Für die Betriebskosten ist der Bund zuständig. Für die Investitionskosten eindeutig die Länder. Das hat kürzlich ein Gutachten von Prof. Dr. Ferdinand Wollenschläger untermauert. NRW und Bayern haben dieses in Auftrag gegeben und sich selbst damit an ihre Verantwortung erinnert.

Die Länder müssen jetzt mit dem Bund eng zusammenarbeiten. Nach 8 Jahren des Stillstandes in der Krankenhauspolitik von CDU-Bundesgesundheitsministern, nimmt nun Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach das Heft des Handelns in die Hand und schwächt die Bedeutung der Fallpauschalen für die Krankenhausfinanzierung deutlich ab. Zukünftig sollen Vorhaltepauschalen maßgeblich für die Krankenhausfinanzierung sein. Im Sinne der Patientinnen und Patienten wird zusätzlich das Krankenhaustransparenzgesetz auf den Weg gebracht: Transparenz bei Angebot, Qualität und Personalausstattung wird für alle geschaffen.

In NRW herrscht ein Investitionsstau in Höhe von inzwischen wohl etwa 16 Milliarden Euro (bereits seit 2021). Der jährliche Investitionsbedarf liegt bei 1,85 Milliarden Euro. Die Landesregierung stellt mit 765 Millionen Euro nicht einmal die Hälfte der notwendigen Investitionsmittel bereit. Dass das zu wenig ist, ist unumstritten. Der Investitionsstau macht sich auch bei den laufenden Kosten wie z.B. dem Energieverbrauch bemerkbar. Investitionen in medizinische Spitzentechnologien, in Gebäudetechnik und Klimaschutz verlangen den Krankenhäusern eine Menge ab. Eine Erhöhung der Mittel für den Haushalt 2024 ist für die nachhaltige Rettung der Krankenhäuser unverzichtbar.

Strategie in NRW: Fingerzeig nach Berlin und die eigene Zuständigkeit vergessen. Dass die Landesregierung sich ausschließlich auf Krankenhäuser beschränkt, verdeutlicht diese These. Klar ist: Chefsache ist in NRW gar nichts. Neben den Einrichtungen im Gesundheitsbereich werden auch der Kita- und Schulbereich von der Landesregierung in NRW vergessen. Für

Datum des Originals: 19.09.2023/Ausgegeben: 19.09.2023

einen Ministerpräsidenten, der vorgibt die Familien in NRW zu stärken, ist das ein Armutszeugnis. Ein Armutszeugnis und ein Widerspruch in sich. Während die regierungstragenden Fraktionen die Übernahme der Kosten der Tarifsteigerungen bei den Krankenhäusern vom Bund fordern, herrscht bei Kitas, OGS und der Schulsozialarbeit Funkstille. Klar ist: Hier ist das Land verantwortlich und muss endlich selber tätig werden.

NRW muss sich aufraffen und sich dem Deutschland-Pakt anschließen. NRW muss selbst in Krankenhäuser investieren. NRW muss den Mut haben, Kitas, OGS und die Schulsozialarbeit finanziell zu retten. Die Landesregierung in NRW muss aufwachen – und das nicht, um mit dem Finger nach Berlin zu zeigen!

II. Der Landtag stellt fest, dass

- es eine gemeinsame Kraftanstrengung zur Sicherung der Krankenhäuser in NRW benötigt,
- die Landesregierung in NRW für die Investitionskostenförderung zuständig ist und unzureichende Mittel bereitstellt,
- die finanzielle Notlage für Krankenhäuser ebenso für alle sozial- und gesundheitsbezogenen gilt,
- die im Haushaltsentwurf 2024 angekündigte Erhöhung der jährlichen Landeszuschüsse für die offenen Ganztagschulen in Höhe von 3 Prozent angesichts tariflicher Steigerungen von 11 Prozent deutlich zu niedrig ist,
- das Land NRW eine finanzielle Kraftanstrengung für alle oben genannten Bereiche auf den Weg bringen muss.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die Prozesse um das Krankenhaustransparenzgesetz unterstützend zu begleiten und im Bundesrat zu verabschieden,
- ein Sofortprogramm Krankenhausinvestitionen aufzulegen, welches ein weiteres Anwachsen des Investitionsstaus verhindert und Investitionen in medizinische Spitzentechnologien, in Gebäudetechnik und Klimaschutz zulässt,
- die Tarifsteigerungen in Kitas, OGS und bei der Schulsozialarbeit vollumfänglich zu übernehmen und die entsprechenden Haushaltsmittel im Haushalt 2024 einzustellen.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
Lisa-Kristin Kapteinat
Thorsten Klute
Lena Teschlade

und Fraktion